# **FinanzTelegramm**

Redaktionsschluss: 30.November 2016

Das von vielen Kommentatoren vorausgesagte Börsenchaos nach der Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten ist ausgeblieben. Ganz im Gegenteil, der Dow Jones ist derzeit auf Rekordkurs. und die Aktienmärkte haben sich überaus positiv entwickelt. Auch Trump selbst gibt sich etwas moderater, präsidialer als erwartet.

Was passiert, wenn der neu gewählte US-Präsident Donald Trump sein angekündigtes Wirtschaftsprogramm tatsächlich umsetzt?

Donald Trumps Ziel ist es, dem US-amerikanischen Wirtschaftswachstum Auftrieb zu verleihen. Jedoch deuten die meisten von Trumps Maßnahmen darauf hin, dass das Wachstum entweder auf Kosten des Auslands in Form von Protektionismus oder von zukünftigen Generationen durch höhere, ungedeckte Staatsverschuldung angekurbelt werden soll.

Ist es überhaupt möglich, dass Trump das Wirtschaftsprogramm wie angekündigt umsetzt?

Es ist zumindest ein interessantes Experiment, weitere Anreize in einer Wirtschaft zu schaffen, die bereits recht gut läuft. Dies führt in den USA wohl zu mehr Inflation. Das Wachstum wird sich allerdings kaum beschleunigen, da ganz einfach keine weitere Kapazität für schnelleres Wachstum vorhanden ist. Angesichts einer hohen Staatsverschuldung von über 100% im Verhältnis zum BIP kann man sich fragen, ob es eine gute Strategie ist, Schulden mit mehr Schulden zu bekämpfen. Ein Verdrängungseffekt durch höhere Leitzinsen wäre daher wahrscheinlich. Die Republikaner im Kongress sind sich dessen sehr bewusst, somit wird dies alles andere als einfach. Werden die Vorhaben so umgesetzt wie angekündigt, werden sie unweigerlich Gegenwind in Form von höheren Zinsen und einem stärkeren US-Dollar verursachen. Dafür sehen wir bereits die ersten Anzeichen. Der US-Dollar liegt nahe seinen Höchstständen im Jahr 2015 und US-Staatsanleihen steigen weltweit an.

So reagieren die Zinsen weltweit überproportional stark. Innerhalb von einem Monat haben sich die Zinsen sowohl in den USA aber auch abgeschwächt im Euroraum erhöht. Bauzinsen wurden etwa um 0,2 % teuerer.

Vorgeschmack auf eine Zinswende - Der Auswirkungen! Ein Minus von rund 10% innerhalb eines Monats - dieses Szenario kennt man von Aktienmarkt-Korrekturen. Im November sorgten allerdings nicht die Aktien für diesen Rückgang, sondern festverzinsliche Wertpapiere mit langen Restlaufzeiten. Betroffen sind davon aber nicht nur reine Anleihenfonds, sondern überhaupt sämtliche konservativ ausgerichtete



Strategien. Auch defensive Mischfonds hatten teilsweise leichte Verluste. Für Anleger bedeutet dies, dass es höchste Zeit wird, das eigene Depot auf zu große Anleihepositionen zu überprüfen. Wir unterstützen Sie dabei gerne - sprechen Sie uns an!

**US-Zinserhöhung im Anmarsch.** Die Rentenmärkte sind aufgerüttelt. Ist das Ende der 35-jährigen Rentenhausse (durch fallende Zinsen) gekommen? Eine erwartete Zinserhöhung in den USA am 14.Dezember lässt auch hier die Zinsen etwas ansteigen an. Deutsche Staatsanleihen warfen noch im Oktober eine negative Rendite ab. Jetzt bringen sie auf 10-Jahres-Sicht +0,3 % ein. Dennoch gibt es keinen Grund zur Euphorie. Die Verzinsung von Anleihen mit guter Bonität, auch aus der restlichen westlichen Welt, liegt weiter auf einem historisch niedrigen Niveau. Unter Renditeaspekten bedeutet dies: **Der Anleihenmarkt wird bis auf weiteres keine gleichwertige Alternative zu Aktien und Aktienfonds darstellen.** 

**Welthandel stagniert!** Die Weltwirtschaft steckt in der Klemme: Nahmen die globalen Handelsvolumen von 1995 bis 2007 noch um 10 % pro Jahr zu, fiel die Expansionsrate zwischen 2010 und 2015 auf magere 2 % zurück. Seither stagniert die Expansionsrate. Die Schwäche ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich protektionistische Tendenzen verstärkt haben und leider, seit Mr. Trumps Ankündigungen, eventuell noch weiter verstärken könnten.

**Euroland: Guter Start ins 4. Quartal.** Der zurückliegende Oktober war ein Rekordmonat für den Industriesektor der Eurozone. Die Geschäfte wuchsen so stark wie seit zweieinhalb Jahren nicht mehr: Beschäftigung, Produktion, Aufträge und Exporte legten jeweils kräftig zu. Frankreich konnte erstmals seit Jahresbeginn wieder ein Wachstum vorweisen. Und auch zwei Sorgenkinder zeigten sich etwas erholt: Spanien und Irland verzeichneten bessere Geschäfte als noch im September. Ob sich der Trend jedoch in den nächsten Monaten fortsetzen wird bleibt abzuwarten. Der Dax bewegt sich ab Oktober seitwärts. Die EZB sorgt weiterhin jedoch für Kapital und wird ihr bisheriges Anleihe-Aufkaufprogramm erst 2017 moderat anfangen zu drosseln.

Italien am Scheideweg! Am 04. Dezember findet das Verfassungsreferendum statt. Das Gesetzeswerk war vom Parlament eigentlich schon im April verabschiedet worden, Premierminister Matteo Renzi hatte jedoch damals verkündet, zusätzlich noch das Volk zu befragen, um sich dessen Rückhalt zu sichern. Seitdem haben Renzis Popularitätswerte stark abgenommen. Kein Wunder: Italiens Wirtschaft geht es schlecht und die Banken leiden sehr unter faulen Kredite ca. 18 % aller ausstehenden Kredite sind notleidend. Das Parlament hat die meisten von Renzis zaghaften Reformvorschlägen rigoros abgeblockt. Gemäß der jüngsten Umfrage könnte die Mehrheit der Italiener beim Referendum mit "Nein" stimmen.

**Droht dann der "Italexit"?** Eine Niederlage Renzis könnte zu dessen Rücktritt und baldigen Neuwahlen führen. Die Wahrscheinlichkeit wäre dann groß, dass eine Euro- und EU-kritische Gruppierung an die Regierung kommt - etwa die "Fünf Sterne"-Bewegung von Beppe Grillo. Diese Protestpartei fordert ein Referendum über eine Rückkehr zur Lira. Sollte sich Italien als drittgrößte Wirtschaftsnation aus dem Euro verabschieden, würde darunter nicht nur das Land selbst leiden, sondern auch die gesamte Eurozone. Der <u>Italexit würde einen weit größere negative Entwicklung</u> darstellen als der Brexit.

**Kehrt die Inflation zurück?** Seit Längerem befinden wir uns in einer Phase der Preisstabilität bzw. sinkender Preise; in Europa lag die Inflation bei den Verbraucherpreisen nahe bei Null. Nun könnte eine Trendwende bevorstehen, was besonders von den Rohstoffpreisen abhängt. Diese lagen noch im Vorjahr auf einem historisch niedrigen Niveau. Im Jahr 2016 haben dann viele Rohstoffpreise kräftig angezogen. So hat sich der Ölpreis (Sorte Brent), über der wichtigen Marke von 50 US-Dollar pro Barrel stabilisiert. Er schlägt im Lebenshaltungsindex voll durch, denn fast jedes Produkt beinhaltet Energiekosten.

Kommt eine Bargeldobergrenze? Für diese Maßnahme plädieren viele Finanzwissenschaftler und Politiker. Als Begründung wird meist angeführt: Eindämmung der Geldwäsche von Drogen-, Menschen- und Waffenhandel sowie Bekämpfung der Schattenwirtschaft. Obergrenzen gibt es bereits in mehreren EU-Ländern: etwa Frankreich, Belgien, Italien, Spanien, Griechenland. Jetzt rückt das Thema auch in Deutschland in den Vordergrund. Unlängst hat die Mehrheit der 16 Länderfinanzminister eine Obergrenze gefordert. Darunter befinden sich u. a. alle Ressorts, die von SPD und Linkspartei geführt werden. In der CDU/CSU sind die Meinungen gespalten. Fakt ist jedenfalls: Im Bundesrat gibt es derzeit eine Mehrheit für eine Bargeldobergrenze. Diese Entwicklung sehen wir mit Sorge, denn sie würde die Freiheit der Bundesbürger weiter einschränken. Wir werden dazu weiterhin berichten.

Schweiz: Umsetzung des automatischen Informationsaustausches (AIA). Hier handelt es sich um einen internationalen Standard, nach welchem Steuerbehörden der teilnehmenden Länder untereinander Daten über Konten und Depots von Steuerpflichtigen austauschen. Das Ziel ist es, Steuerhinterziehung zu verhindern. Die Schweiz gehört zu den teilnehmenden Ländern und wird erstmals im Jahr 2018 Steuerdaten für das Jahr 2017 austauschen. Was wird gemeldet?

Für jeden betroffenen Kunden werden jährlich Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat, Steueridentifikationsnummer, Geburtsdatum, Stamm-Nummer, Name des meldenden Finanzinstituts, Gesamtsaldo, Bruttobetrag von Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträgen, sowie Bruttoerlöse aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen gemeldet. Spätestens 2017 werden betroffene Kunden von ihren Banken diesbezüglichangeschrieben.

Deutsche Bank am Scheideweg Deutschlands größtes Finanzinstitut leidet unter den Sünden der Vergangenheit. Wegen zweifelhafter US-Hypothekengeschäfte aus den Jahren 2005 bis 2007 droht eine saftige Strafe. Das US-Justizministerium fordert momentan 14 Mrd. Dollar - dies entspricht in etwa dem derzeitigen Eigenkapital der Bank. Vermutlich wird es am Ende eine hohe einstellige Milliardensumme. Chef John Cryan ist zuversichtlich, dass man die Strafe auch ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfen schultern kann. Die Aktie (aktuell: 10,9 €) befindet sich weiter auf Talfahrt. Allerdings halten wir die panische Reaktion der Anleger für übertrieben. Die Deutsche Bank existiert seit 1870, hat zwei Weltkriege und mehrere Wirtschaftskrisen überstanden. Zudem ist sie eine tragende Säule für den Finanzplatz Deutschland und systemrelevant für die Weltfinanzen. Theoretisch kann alles Mögliche passieren, von der Zerschlagung bis zum Wiedererstarken. Schlussendlich würde diese Bank immer gerettet werden vom Steuerzahler, weil sie Deutsche Bank heißt. Keine Regierung würde sich eine Pleite dieser Bank leisten können.

**US-Börsenaufsicht SEC nimmt ETFs unter die Lupe!** ETFs erfreuen sich weiterhin wachsender Beliebtheit. Die US-Börsenaufsicht befürchtet allerdings, dass ETFs, die den Markt eigentlich nur replizieren sollen, aufgrund der hohen Mittelzuflüsse irgendwann selbst den Markt machen. Ereignisse wie im August 2015, als bei einem "Flashcrash" innerhalb einer Handelssitzung mehr als tausend Wertpapiere vom Handel ausgeschlossen werden mussten - unter anderem auch, weil massenhaft ETF-Orders zu Verzerrungen geführt hatten - will die SEC für die Zukunft möglichst ausschließen. Betroffen sind dabei nicht nur Indexfonds auf Aktienindizes, sondern auch der Anleihebereich. Eine Maßnahme könnte ein Verbot der Wertpapierleihe sein - um damit die Renditemöglichkeiten bei ETFs zu reduzieren.

Geduld zahlt sich aus! Immer wieder haben Fonds mit Durststrecken zu kämpfen. Das betrifft Aktienfonds, aber auch Misch- und Rentenfonds. So konnten sich dieses Jahr Anleger von BRIC-Fonds über eine unerwartet deutliche Kurserholung freuen. Ein Plus von bislang 36% in 2016 führt dazu, dass auch auf Sicht der letzten 5 Jahre ein stattliches Ergebnis zu verzeichnen ist. Aktuell überrascht eine langjährige Rentenfondsempfehlung: Der Templeton Global Bond Fund und der Templeton Global Total Return haben innerhalb eines Monats die bisherigen Verluste in ein stabiles Plus gedreht und können sich mit der Rendite der letzten Jahre auf jeden Fall sehen lassen. Fazit: Bei schwacher Performance ist ein Blick auf die Hintergründe wichtig. Oft sind diese nur temporär und dann lohnt sich meist ein Abwarten.

Schwellenländer: Auswirkungen der US-Wahl. Auf den ersten Blick hat sich der Trump-Sieg negativ auf die Emerging Markets ausgewirkt. Auch durch den Anstieg der US-Zinsen wird weiteres Kapital aus Schwellenländern abfließen und dieses geht dann wiederum in die Vereinigten Staaten. Negativ auswirken werden sich zudem die angedrohten Handelsbeschränkungen, etwa höhere US-Importzölle. Ob die USA diese Maßnahmen tatsächlich ergreifen ist momentan noch unklar. Und selbst dann wären die einzelnen Schwellenländer unterschiedlich stark betroffen. Chinas Konjunktur dürfte so oder so stabil bleiben. Indien und Brasilien werden ebenfalls nur geringfügig tangiert, denn diese Wirtschaftsräume sind von Nordamerika relativ abgeschottet.

Eine Befragung institutioneller Investoren vom September 2016 zeigt: 54 % haben sich vorgenommen, dass sie ihr Engagement in Schwellenländern in den kommenden drei Jahren verstärken. Zudem erachten 33 % die Emerging Markets für die attraktivsten geographischen Regionen: denn hier sei das Verhältnis zwischen Risiko und Ertrag bei Aktien und Anleihen besonders ausgewogen. Und mehr als die Hälfte der Befragten halten Asien für die Schwellenländer-Region mit dem größten Potential.

Langjährig zuverlässige Fonds wie der Comgest Magellan C, Templeton Asian smaller Com. oder neue nachhaltige Konzepte sind weiterhin gute Positionen im Depot. Fragen Sie uns.

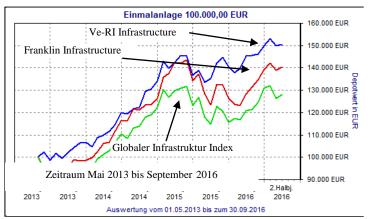
Infrastruktur-Investments im Fokus. Dieses Thema ist derzeit besonders angesagt - nicht zuletzt, weil es im Maßnahmenkatalog des neuen US-Präsidenten eine wichtige Rolle spielt. Es steht ebenfalls im Wahlkampf in Deutschland hoch im Kurs. Davon können auch Anleger profitieren. Solche Investments sind tendenziell konservativ und längerfristig ausgerichtet. Allerdings hängen Infrastrukturprojekte meist von komplexen Vorgängen ab. Verallgemeinert ausgedrückt: Es kommt darauf an, wie investitionsfreudig die staatliche Politik ist. Private Investitionen müssen genauso wie kommunale gefördert werden, auch im Zusammenhang der Zukunftsfelder in der Industrie: Stichwort: Industrie 4.0! Dazu bieten sich spezielle Infrastrukturfonds an.

Für Anleger ergeben sich daraus nicht nur interessante Renditemöglichkeiten. Verwunderlich ist das keinesfalls, denn eine vernünftige Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft. Industrieländer haben hier zwar einen strukturellen Vorteil. Aber gerade das ist der Grund, warum sie in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten, viel Geld ausgeben müssen. Bestehende Infrastruktur muss gepflegt und erweitert werden, was wiederum zu höheren Investitionen führt. Deutschland z.B. benötigt in den kommenden zehn Jahren mehr als 180 Milliarden Eurojährlich - nur für die Modernisierung von Schulen, Krankenhäusern, usw.

In Schwellenländern ist die Situation noch deutlicher. Im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung wird immer mehr Geld in notwendige Infrastruktur investiert. Hinzu kommen die globalen Herausforderungen durch Bevölkerungswachstum und Klimawandel.

## Wie lässt sich dabei Geld verdienen? Ein Beispiel sind Autobahnen. In vielen Urlaubsländern

ist deren Nutzung - anders als in Deutschland - kostenpflichtig. Hier sind Privatinvestoren eingesprungen, die sich um Ausbau und Wartung kümmern. Ein profitables Geschäft für alle Beteiligten. Auf dieses Thema haben sich mittlerweile einige Investmentfonds spezialisiert. Sie suchen nach Unternehmen, welche sich auf Infrastrukturprojekte spezialisiert haben und ihr Geschäftsmodell auf laufende, stabile Einnahmen basiert? Über die Details zu möglichen Fonds können Sie sich bei uns informieren. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns eine E-Mail.



**DWS Top Dividende mit Ausschüttungsrekord!** Der Fonds hat am 25. November insgesamt 460 Millionen Euro, bzw. 3,10 Euro pro Anteil an seine Anleger überwiesen - und damit 100 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Geschuldet ist dieser Rekord natürlich hauptsächlich dem in diesem Jahr durch Mittelzuflüsse stark gewachsenen Fondsvolumen von mittlerweile 22 Milliarden Euro. Demnach zeigt sich, dass mit Dividenden-Aktien bzw. Dividendenfonds, auch in unseren "zinsfreien" Zeiten weiterhin attraktive Ausschüttungen erzielbar sind. Für Neuanlagen ist der Fonds für uns nicht mehr die erste Wahl - aufgrund der inzwischen markanten Fondsgröße. Es gibt interessante Alternativen, z. B. Fonds mit einem stärkeren Fokus auf Unternehmen mit einem möglichen Dividendenwachstum. Details senden wir Ihnen gerne zu.

Mikrofinanz-Fonds wieder für Neuanlagen offen! Der Invest in Visions (IIV) nimmt demnächst wieder neue Gelder an, die nach strengen finanziellen und sozialen Kriterien in Finanzinstitute investiert werden, welche in Entwicklungsländern Mikrokredite vergeben. Die Ausgabe von Anteilscheinen wurde seit August ausgesetzt, um einen weiteren schnellen Anstieg des Fondsvolumens - und damit eine hohe Liquiditätsquote des spezialisierten Investment-Ansatzes - zu verhindern. Zeichnungsscheine, die bis zum 20. November vorliegen, werden zum 30. November abgerechnet. Mit der temporären Schließung wollte das Fondsmanagement sicherstellen, dass die Liquidität im Fonds nicht zu hoch wird und Investoren auch weiterhin eine attraktive Rendite erwirtschaften können. Der Fonds bleibt eine klare Kaufempfehlung von uns.

**Unternehmensanleihen: Nullzinsen** Momentan werfen bereits über 500 Unternehmensanleihen keine Zinsen mehr ab. Bei einigen werden sogar Negativzinsen fällig. Zwei Beispiele: Bei einer Daimler-Anleihe mit Laufzeit 3 Jahre sind es minus 0,02 %, bei einer Siemens-Anleihe mit Laufzeit 5 Jahre minus 0,19 %. Doch trotz schlechter Konditionen werden diese Papiere stark nachgefragt. Wir raten aber von solchen Investments ab. Die Rechnung ist einfach: Die Daimler-Aktie generiert beim aktuellen Kurs eine Rendite von ca. 5 % p. a., die Siemens-Aktie ca. 3 %. Entscheiden Sie sich im Regelfall für die Aktie eines Unternehmens und nicht für dessen Anleihe.

**Gold im Aufwind.** Das gelbe Edelmetall konnte deutlich an Wert zulegen: Auf Dollarbasis beträgt das Plus seit Januar 2016 rund 25 %. Der Jahreswechsel brachte nach 3 Verlustjahren den Umschwung. Wir sehen hier noch etwas Kurspotential. Traditionell ist Gold ein Wertaufbewahrungsmittel in Krisenzeiten - auch auf Investorenseite. Hinzu kommt: Bislang ist eine Zinserhöhung in den USA ausgeblieben. Und für die nahe Zukunft rechnen wir mit maximal einem US-Zinsschritt im Dezember. Somit entwickelt sich Gold zur sinnvollen Beimischung gegenüber Bundesanleihen oder sonstigen Euro-Anleihen, die kaum noch Rendite abwerfen.

Goldminen-Aktien: Hier winken langfristig Chancen Der positive Ausblick für den Goldpreis, sowie die Restrukturierung vieler Minengesellschaften hat sich auch auf Minenaktien übertragen. 2016 hat sich der Index bereits verdoppelt. Interessant ist die Einschätzung des Fondsmanagers Evy Hambro von Black Rock: Er hält - mit Blick auf die Generierung von Free Cashflows - Minenaktien viel attraktiver als andere Sektoren Es gibt gute Spezialfonds, die eine vernünftige Mischung an Goldminenfirmen und die laufende Beobachtung gewährleisten. Zwei Beispiele geben wir Ihnen auf Anfrage gerne weiter.



**Soft-Closing – Immer mehr Fonds wollen kein neues Geld!** Zuletzt wurde der sehr erfolgreiche Mischfonds **Nordea Stable Return** für neues Geld geschlossen. Nachdem der Fonds seit Jahresanfang sein Volumen von damals 9 Milliarden Euro verdoppelt hat, können nun nur noch bereits investierte Kunden den Fonds nachkaufen. Hintergrund ist die mit dem Volumen wachsende Problematik, die Anlagegelder sinnvoll zu investieren.

Im Jahresverlauf haben weitere Fondsmanager, so der **Frankfurter Aktienfonds für Stiftungen** der **DWS Aktien Strategie Deutschland** oder **DB-XTrackers** zu diesem Mittel gegriffen und weitere werden folgen. Eines ist erkennbar: Wer in einem zurückliegenden Zeitraum eine überdurchschnittliche Rendite erzielen konnte, steigt in der Gunst der Anleger und erhält entsprechende Geldzuflüsse. Dass solche Renditen kein Garant für die Zukunft sind, ist jedem klar. Oft lohnt sich daher ein <u>Blick auf die unentdeckten Fonds(-manager)</u>, die etwas abseits von den klassischen Ranglisten stehen.

Kostenlose Depots für Minderjährige bei immer mehr Anbietern. Die Diskussion um die gesetzliche Rente ist aktuell wieder im vollen Gange. Egal wie es am Ende ausgeht, private Vorsorge ist wichtiger denn je. Je früher diese stattfindet, desto besser. Daher sollte jedes Kind, jeder Enkel oder jedes Patenkind ein Depot haben. Oft ist bereits ab 25 Euro monatlich ein kostenfreies Depot möglich. Und auch wenn das Ansparen noch nicht für die Rente, sondern für Führerschein, Auto, Studium oder erste Wohnungseinrichtung verwendet wird, ist es nie zu früh, damit zu beginnen. Vielleicht auch als Weihnachtsgeschenk mit steigendem Wert!

Immobilien- Mieten steigen weniger stark als die Einkommen! In den acht größten Städten unseres Landes gab es jüngst den stärksten Anstieg seit zwölf Jahren. Diesen Trend hat auch die Einführung der Mietpreisbremse nicht stoppen können. Aber deutschlandweit gesehen sieht es anders aus. Die Mieten stiegen seit 2010 "nur" um 10 %, die Einkommen um 12 %.

Ein Indiz, dass der Mietmarkt sich langsam abkühlt. <u>Zudem weisen wir schon länger auf den Aspekt hin, dass der Markt für Wohnimmobilien teilweise von einer "Blasenbildung" bedroht ist.</u>

**Deutsche wollen keine Vermieter sein!** Der Run auf eigengenutze Wohnimmobilien in deutschen Großstädten hält unvermindert an. Aber hier gibt es trotzdem ein interessantes Phänomen festzustellen: Die meisten Vermieter sind institutionelle Anleger. Bei Privatanlegern legen weniger in vermieteten Immobilien an: Nur 12 % der Bundesbürger besitzen eine **vermietete Wohnung** oder ein vermietetes Haus – obwohl sich rund 25 % von ihnen eine fremdvermietete Immobilie leisten könnten. Die Gründe: Furcht vor Mietausfällen, Mietgesetze besonders in Berlin, extrem niedrige Rendite aber auch weitere steuerliche Eingriffe dazu seitens der Politik. <u>Auch setzt sich</u> immer mehr die Erkenntnis durch, dass die derzeitigen Immobilienpreise überteuert sind.

Quizfrage: Münchner Immobilienmarkt oder ein globaler Aktienfonds - was hat sich in den letzten 40 Jahren besser entwickelt? Immobilien besitzen bei deutschen Anlegern weiterhin einen wesentlich besseren Ruf als die Aktienanlage. Gerade die Nachfrage nach Häusern in München und auch anderswo erreicht ständig neue Rekordniveaus. Kein Wunder möchte man denken, denn in den letzten 40 Jahren konnte man mit Immobilien seine Anlage im Schnitt versiebenfachen. Oder anders: Wer 1976 ein Haus für 200.000 D-Mark gekauft hat, erzielt jetzt im Schnitt Preise um 600.000 Euro.

Wer dann noch eine Netto-Kaltmiete von 800 Euro über diesen Zeitraum vereinnahmen konnte, kommt im Ergebnis auf rund eine Million Euro. Nun zum Vergleich und der Auflösung unserer Frage: Mit einem guten internationalen Aktienfonds z.B. dem Templeton Growth Fund, wurden aus 200.000 D-Mark nach 40 Jahren 6,2 Millionen Euro.

Allgemein denken wir Menschen in relativ kurzfristigen Zeiträumen. Fast 20 Jahre, 1990- 2010 gab es, bis auf wenige Ausnahmen annähernd keine Wertsteigerung bei Deutschen Immobilien. Aber 6 Jahre Preisanstieg von 2010 bis heute hat seine Wirkung nicht verfehlt, das aber der Hintergrund der Preissteigerung primär der andauernde Zinssenkungstrend war, darüber denken viele nicht nach. Sobald die Zinsen steigen, werden die zu teuer erworbenen Immobilien im Preis korrigieren.

Grundsteuer: Reform wird konkret. Zur Feststellung der Grundsteuer gelten in Westdeutschland heute noch Boden-Einheitswerte von 1965, im Osten sogar von 1935. Seitdem haben sich die Grundstückswerte stark verändert. Daher hatte der Bundesfinanzhof die bisherige Regelung als verfassungswidrig eingestuft. Nach jahrelanger Diskussion hat der Bundestag am 4. November einen Gesetzesentwurf beschlossen, dem der Bundestag noch zustimmen muss. Demnach werden zum Jahreswechsel 2022/ 2023 bundesweit alle 35 Mio. Grundstücke neu bewertet, ebenso land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Dann soll die Grundsteuer aus einer Kombination von Grundstückswert (Bodenwert) und dem Wert des darauf stehenden Gebäudes neu berechnet werden. Die Reform soll angeblich aufkommensneutral ausfallen. Man möchte Eigentümer und Mieter nicht stärker belasten. Das glauben wir allerdings nicht, da bis dahin die Einkommensbzw. Vermögensschere weiter auseinander gegangen sein wird.

Aktienfondsbesitz USA/Europa/ Deutschland. Deutschland hat somit einen großen Nachholbedarf. Auch in den meisten europäischen Ländern haben die Bürger mehr Aktienbesitz. An den Ersparnissen kann es nicht liegen. Die Summe, die auf deutschen Sparkonten und Festgeldern liegt, ist mit € 5,2 Billionen gigantisch: Ein Grund dürfte auch die deutschen Historie liegen: Aktienfonds gibt es in den USA bereits seit 1924, in der BRD erst seit der Nachkriegszeit. Es wird also höchste Zeit, dass sich das deutsche Anlageverhalten ändert, um trotz Niedrigzinspolitik anständige Renditen zu erzielen.

## Deutsche Angst verhindert Vermögensbildung

Durchschnittliches Netto-Geldvermögen je Einwohner. Deutsche Sparer sind zu ängstlich. Zu wenig in Aktien, zu viel auf dem Konto

Durchschnittliches Netto- Vermögen in Euro
170.590
160.950
95.600
89.940
83.890
81.290
80.180
79.260
58.870
53.490
53.420
51.060
47.680
41.910
27.470
11.496 ■
1.096

Quelle: Allianz Global Wealth Report

Altersvorsorge, Vermögensbildung leicht gemacht und beispielhaft (USA), schön wärs wenn Deutschland etwas Ähnliches zu bieten hätte, bzw. endlich über ein zukunftsfähiges Rentensystem nachdenken würde.

In den USA gibt es seit vielen Jahrzehnten eine sehr einfache, steuerlich geförderte Altersvorsorge, genannt 401 K. Sie ist unkompliziert und sie hat <u>keine Garantie</u>. Die Beiträge sind steuerlich absetzbar, die Anlageform bestimmt der Sparer selbst. Sonderzahlungen, auch vom Arbeitgeber, sind immer möglich. Und am Ende, nach einer langen Laufzeit > 30 Jahre, bekommt der Sparer eine Rente, die sich aus seinen Beiträgen und Gewinnen speist. Aufgrund der langen Laufzeiten besteht der größte Teil der Guthaben aus Aktien.

In Deutschland haben wir zukünftig, sinkende Renten, steigende Beiträge von 18,7 % auf demnächst 22%. Die bekannten Probleme werden in Deutschland seit Jahrzehnten verdrängt. Das komplette Vorsorgesystem der meisten Deutschen degeneriert langsam aber sicher, weil hauptsächlich auf Anleihen und Garantien (Lebensversicherungen) gesetzt wird, wobei ein Großteil der Anleihen derzeit Null Zinsen bringen!

Ohne Zweifel das soziale Netz in den USA ist kein Vorbild, aber man könnte zumindest mal darüber nachdenken wie man größere Teile der Bevölkerung mit Aktien in Kontakt bringen und sie langfristig von der interessanten Möglichkeit des 401 K überzeugen könnte. Aber in deutschen Medien lesen sie nichts über diese großartige, einfache und kapitalgedeckte Rentenmöglichlichkeit, die die meisten Amerikaner besitzen. In der Deutschen Pressse heißt es da nur die Amerikaner haben nicht mal eine gesetzliche Rente. Interessant wäre auch ein Blick nach Dänemark. Studien zur Folge hat Dänemark eines der besten Rentensysteme weltweit, natürlich auch mit einem großen Teil Aktien. ( siehe Tabelle oben)

#### Meinung

2017 wird die Eurozone mit mehr als zehn Billionen verschuldet sein. Vor der Finanzkrise waren es rund sechs Billionen Euro – die Staatsverschuldung ist somit um mehr als 60 Prozent gestiegen. Acht Jahre nach dem Crash fällt somit die Bilanz ernüchternd aus: In Europa gibt es "Null Zinsen, null Inflation, null Wachstum." Nur Deutschland als Insel des Glücks.

Bisher wurden nur eine Bank abgewickelt (West- LB). Die 19 Mrd. Verluste sowie sämtliche übrigen Bankenverluste von Landesbanken werden vom Steuerzahler jetzt und zukünftig finanziert. Sparer, Versicherer und Pensionskassen wissen nicht mehr, wie sie ihren Persionsverpflichtungen nachkommen sollen. Altersarmut zu verhindern wird eine noch größere Herausforderung für den einzelnen Anleger als bisher. Obwohl wir selten positiv gegenüber Banken eingestellt waren, geht es ihnen heutzutage in der Tat schlechter. "Die Negativzinsen sind ein Sargnagel für das klassische Kreditgeschäft".

Deutschland brauchte deutlich höhere Zinsen. Die Europäische Zentralbank sollte ihre Negativzinspolitik sofort beenden. Statt zinslose /wertlose ?? Anleihen jeden Monat zu kaufen, sollte sie eher in großem Stil Aktien erwerben und damit in Sachwerte und Produktivkapital investieren."

Die Bank of Japan beispielsweise hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren 38 Prozent aller Staatsschulden aufgekauft, unter anderem von Pensionskassen, damit diese Aktien erwerben können. Das progressivste Konzept hat allerdings die Schweiz. Die Schweizerische Notenbank druckt Geld und kauft damit ausländische Währungen, um den Franken stabil zu halten. Einen Teil dieser Devisen legt sie in Aktien an. Insgesamt hat sie bereits für mehr als 130 Milliarden US-Aktien erworben und kauft weiter zu.

#### Sie, als unsere Kunden, machen das seit Jahrzehnten ebenso.

Eine einfachere Art der Vermögensbildung kennen wir bis heute nicht. Immer noch besitzen viel zu wenige Menschen in Deutschland Produktivvermögen (Firmenanteile). Man hält an dem bestehenden Rentenkonzept fest, wobei jeder mittlerweile weiß, das es auf grund der demographischen Entwicklung zukünftig nicht mehr funktionieren kann ohne ein Kapitalgedecktes System, bzw. eine vernünftige zusätzliche Förderung wie in den USA oder Dänemark. Riester & Co ist ein diletantischer Versuch, gut gemeint aber nicht gut gemacht. Typisch Deutsch schön kompliziert und Versicherungen sowie Banken verdienen prächtig daran.

Wir hoffen, auf einen guten Marktausklang und wünschen Ihnen eine schöne Adventszeit!

Alexander Indiana

Diese Unterlagen dienen ausschließlich zu Ihrer Information. Sie stellen weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung, zum Kauf oder Verkauf von bestimmten Produkten dar. Die darin enthaltenen Informationen und Meinungen stammen von den jeweiligen Initiatoren oder aus anderen Quellen, welche wir für zuverlässig halten. Die Gültigkeit der Informationen und Empfehlungen zu bestimmten Produkten ist auf den Zeitpunkt der Erstellung dieser Unterlagen beschränkt" Eine Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie mögliche Gesetzesänderungen können die zukünftigen Entwicklungen abweichend von unseren Darstellungen beeinflussen. Bedenken Sie dabei auch, dass historische Wertentwicklungsdaten und Prognosedaten keine Garantie für eine zukünftige Entwicklung sind. Wir empfehlen ihnen vor einer Investition eine individuelle Beratung in unserem Hause. Individuelle Steuerfragen bitten wir Sie bei Bedarf mit Ihrem Steuerberater zu besprechen.